

September 2013

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Fernsehduell: Steinbrück überzeugte bei Sehern etwas stärker als Merkel ..	3
Altersversorgung: Große Mehrheit sieht Privilegien für Beamte.....	4
Politikerbewertung: Merkel weiter Spitzenreiterin, Steinbrück mit zweistelligem Ansehensgewinn	6
Kanzlerfrage: Weiterhin klare Mehrheit für Angela Merkel.....	8
Kompetenzen: Union dominiert in ökonomischen Politikfeldern	9
Sonntagsfrage: Union weiter stark, SPD mit kleinem Plus.....	11
Mehrheit für Regierungswechsel – mit der Union an der Spitze.....	14
Koalitionspräferenz: Kein klarer Favorit.....	16

ARD – DeutschlandTREND September 2013

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteur	Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte Fragen zur "Wechselstimmung": rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	02. bis 03. September 2013 Sonntagsfrage: 02. bis 04. September 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Das Rededuell zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem SPD-Herausforderer am letzten Sonntag markierte den Start der heißen Wahlkampfphase. Aus Sicht der Zuschauer der Fernsehdebatte war der Auftritt des Sozialdemokraten etwas überzeugender als der Angela Merkels (42:38 Prozent). Knapp jeder fünfte Zuschauer (17 Prozent) sieht bei keinem der beiden Kontrahenten Vorteile. Befragte, die nicht selbst vor dem Bildschirm saßen, kommen zu einem anderen Ergebnis: Nach deren Einschätzung hat Merkel überzeugender agiert als Steinbrück (29:18 Prozent), was in etwa den gemessenen Erwartungen vor dem Duell entspricht. Etwa genauso viele (19 Prozent) sehen keinen klaren Gewinner. Ein Drittel der Nicht-Zuschauer (31 Prozent) traut sich kein Urteil über den Auftritt der beiden Kandidaten zu. In der Summe ergibt sich in der Wahlbevölkerung ein ausgeglichenes Bild, bei dem jeweils rund ein Drittel der Wahlberechtigten Merkel bzw. Steinbrück (35 bzw. 33 Prozent) als überzeugender einstuft.

Peer Steinbrück hat im Fernsehduell am Sonntag die Forderung erhoben, dass die Entwicklung der Beamtenpensionen künftig an die Renten gekoppelt wird, damit sie sich nicht zu stark auseinander entwickeln. Dies wird von einer klaren Mehrheit von 63 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Lediglich 24 Prozent lehnen diese Kopplung ab.

Der SPD-Kanzlerkandidat profitiert auch in der persönlichen Bewertung von seinem Auftritt beim TV-Duell: In den Tagen unmittelbar nach der Fernsehsendung äußern sich 47 Prozent der Deutschen zufrieden mit seiner politischen Arbeit – gegenüber dem Vormonat ein Ansehensgewinn um 12 Punkte. Steinbrück schließt damit wieder an seine Werte von Ende 2012 an. Hauptursache für die Verbesserung ist ein deutlich größerer Rückhalt in den eigenen Reihen. Derzeit sind 91 Prozent der SPD-Anhänger zufrieden mit ihrem Spitzenmann, vor vier Wochen waren es lediglich 69 Prozent. Spitzenreiter der Politikerliste bleibt weiterhin Angela Merkel, mit deren Amtsführung 70 Prozent (+3 Punkte) der Bürger einverstanden sind.

In der Kanzlerfrage zeigt sich drei Wochen vor dem Urnengang weiterhin eine deutliche Mehrheit für die Amtsinhaberin: Angela Merkel könnte 54 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, ihr Herausforderer Peer Steinbrück würde 34 Prozent der Wähler hinter sich bringen. Im Vergleich zur Vorwoche hat sich der Abstand zwischen den beiden Kontrahenten allerdings um 6 auf jetzt 20 Punkte verringert, weil der sozialdemokratische Kanzlerkandidat seine Unterstützung in der eigenen Anhängerschaft verbessern konnte.

Auch wenn die SPD auf personeller Ebene von dem Auftritt Steinbrücks beim Fernsehduell profitiert hat, vermag sie sich auf der Parteebene nur in wenigen Feldern stärker zu profilieren. Der CDU/CSU hingegen wird in den meisten Politikfeldern die größte Lösungskompetenz zugeschrieben. Neben den ökonomischen Themen gilt dies auch für den Umgang mit internationalen Konflikten.

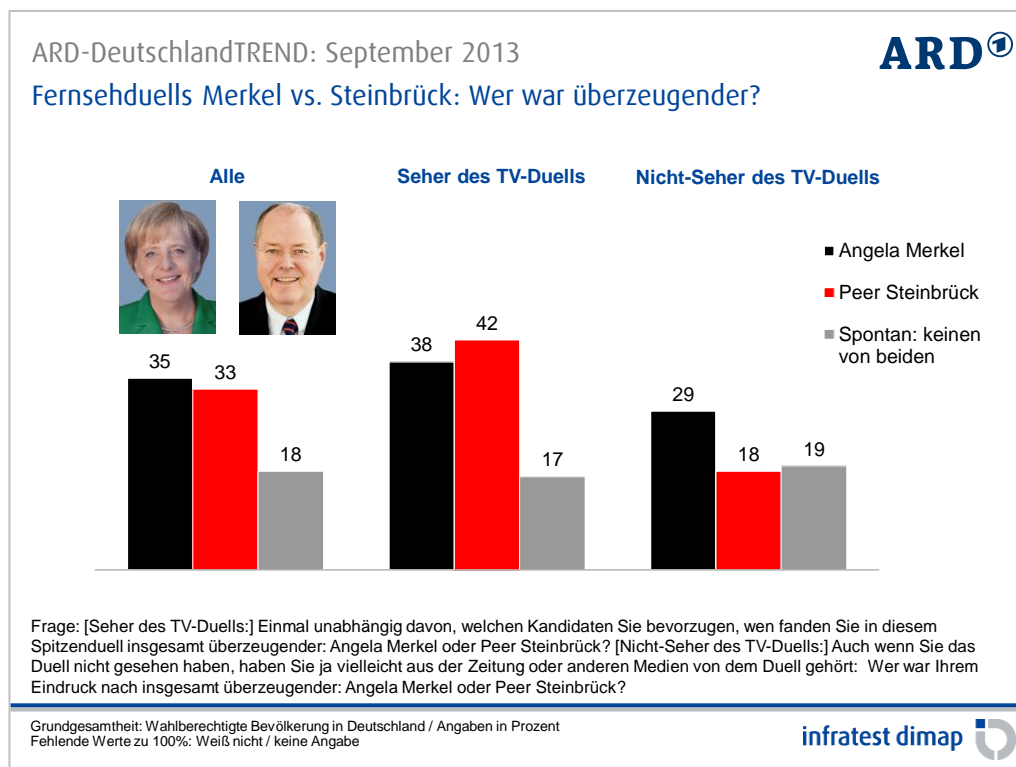
Die politische Stimmung ist in Folge dessen auch weiterhin günstig für die Union: Derzeit käme die CDU/CSU wie in der Vorwoche auf 41 Prozent. Die SPD könnte binnen Wochenfrist 1 Punkt auf 27 Prozent zulegen. Die Grünen hingegen müssen erneut einen Punkt abgeben und würden derzeit einen Wähleranteil von 10 Prozent erreichen. Die Linke (8 Prozent), die FDP (5 Prozent) und die AfD (3 Prozent) bleiben konstant.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND September 2013, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Fernsehduell: Steinbrück überzeugte bei Sehern etwas stärker als Merkel

Das Rededuell zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem SPD-Herausforderer am letzten Sonntag markierte den Start der heißen Wahlkampfphase. Aus Sicht der Zuschauer der Fernsehdebatte war der Auftritt des Sozialdemokraten etwas überzeugender als der Angela Merkels (42:38 Prozent). Knapp jeder fünfte Zuschauer (17 Prozent) sieht bei keinem der beiden Kontrahenten Vorteile. Befragte, die nicht selbst vor dem Bildschirm saßen, kommen zu einem anderen Ergebnis: Nach deren Einschätzung hat Merkel überzeugender agiert als Steinbrück (29:18 Prozent), was in etwa den gemessenen Erwartungen vor dem Duell entspricht. Etwa genauso viele (19 Prozent) sehen keinen klaren Gewinner. Ein Drittel der Nicht-Zuschauer (31 Prozent) traut sich kein Urteil über den Auftritt der beiden Kandidaten zu.

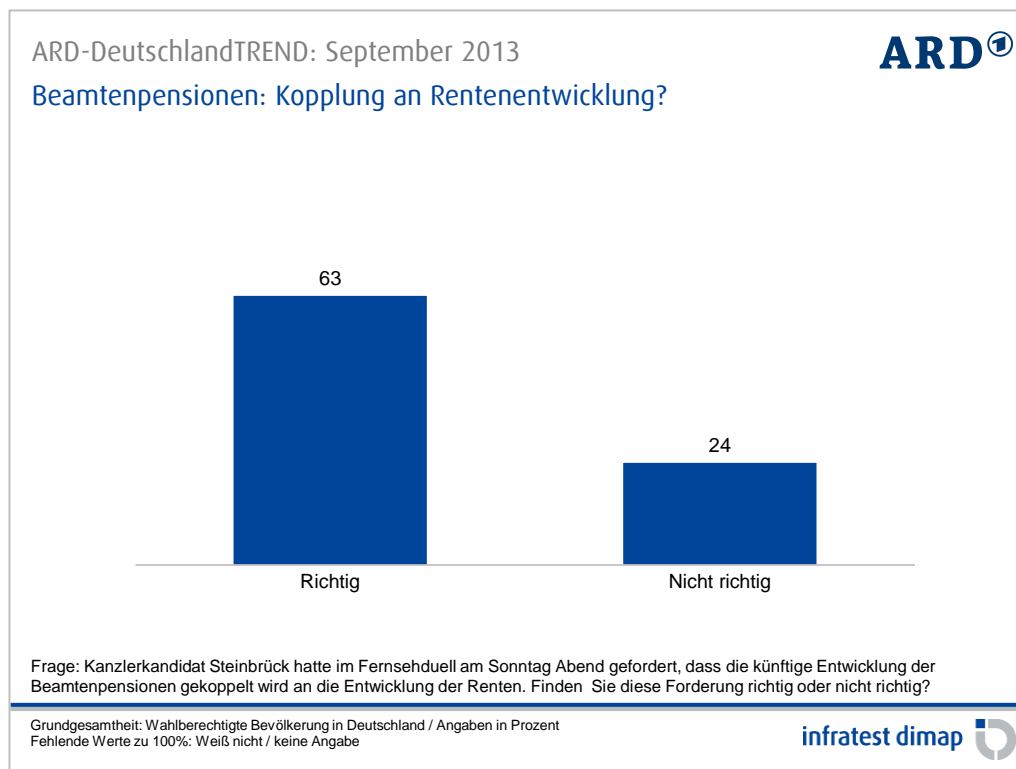
In der Summe ergibt sich in der Wahlbevölkerung ein ausgeglichenes Bild, bei dem jeweils rund ein Drittel der Wahlberechtigten Merkel bzw. Steinbrück (35 bzw. 33 Prozent) als überzeugender einstuft.



Innerhalb der Parteianhängerschaften überzeugte Steinbrück mit seinem Duell-Auftritt die SPD-Anhänger – unabhängig davon, ob sie das Duell selbst gesehen haben oder nicht – etwas stärker (66 Prozent) als Merkel die Unions-Anhänger (60 Prozent). Dasselbe gilt für die unentschiedenen Wahlberechtigten, die ebenfalls Steinbrück in punkto Überzeugungskraft knapp vorne sahen (33:26 Prozent).

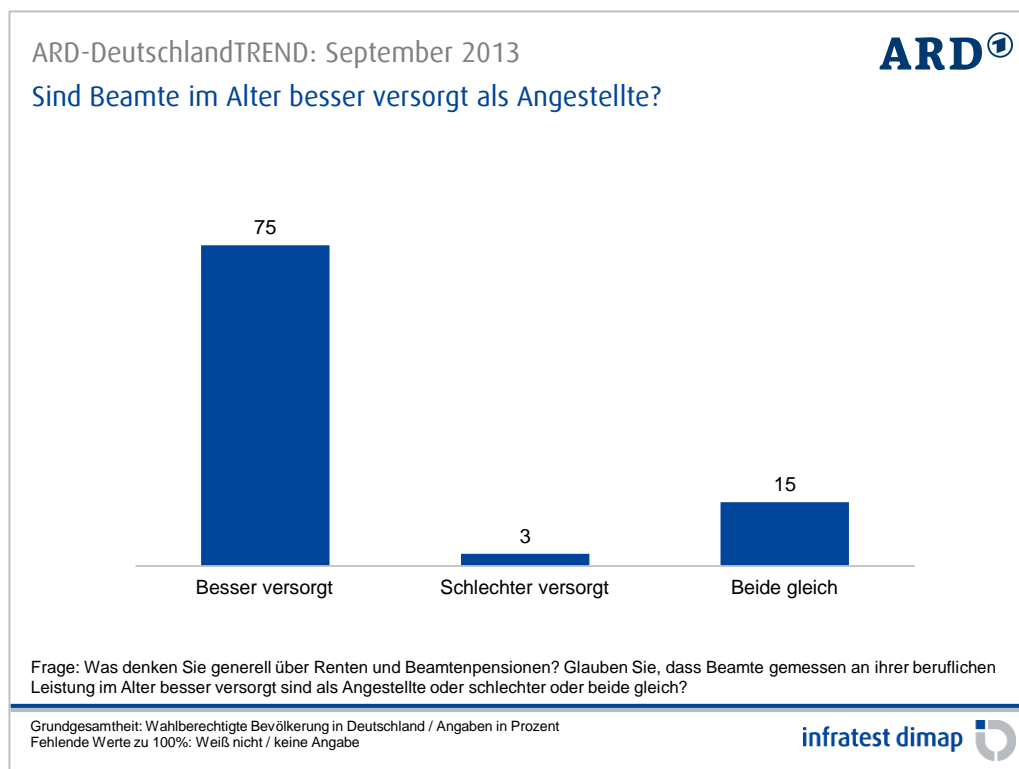
Altersversorgung: Große Mehrheit sieht Privilegien für Beamte

Peer Steinbrück hat im Fernsehduell am Sonntagabend die Forderung erhoben, dass die Entwicklung der Beamtenpensionen künftig an die Renten gekoppelt wird, damit sie sich nicht zu stark auseinander entwickeln. Dieser Vorschlag wird von einer klaren Mehrheit von 63 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Lediglich 24 Prozent lehnen diese Kopplung ab.



Die möglicherweise davon Betroffenen sehen das allerdings ganz anders: Eine Mehrheit der Beamten findet Steinbrücks Vorhaben nicht richtig.

In der Bevölkerung insgesamt herrscht dabei die weit verbreitete Vorstellung, die Beamten seien im Alter besser versorgt als Angestellte. Drei von vier Bürgern (75 Prozent) sind der Meinung, die „Staatsdiener“ würden in dieser Hinsicht Privilegien genießen. Lediglich 15 Prozent finden, es gäbe keine relevanten Unterschiede und kaum jemand (3 Prozent) sieht eine Schlechterstellung der Beamten.

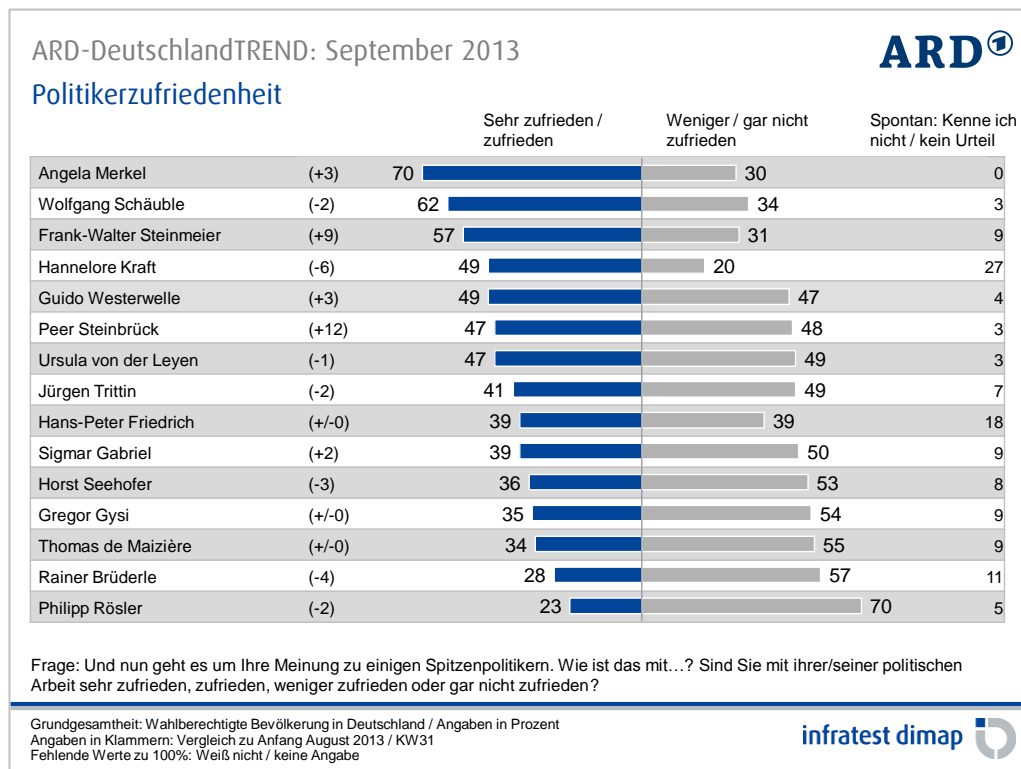


Bei den Beamten selbst ist fast jeder Zweite der Auffassung, dass sie als Pensionäre besser versorgt sind als Angestellte.

Politikerbewertung: Merkel weiter Spitzenreiterin, Steinbrück mit zweistelligem Ansehensgewinn

Der SPD-Kanzlerkandidat profitiert auch in der persönlichen Bewertung von seinem Auftritt beim TV-Duell: In den Tagen unmittelbar nach der Fernsehsendung äußern sich 47 Prozent der Deutschen zufrieden mit seiner politischen Arbeit – gegenüber dem Vormonat ein Ansehensgewinn um 12 Punkte. Steinbrück schließt damit wieder an seine Werte von Ende 2012 an. Hauptursache für die Verbesserung ist ein deutlich größerer Rückhalt in den eigenen Reihen. Derzeit sind 91 Prozent der SPD-Anhänger zufrieden mit ihrem Spitzenmann, vor vier Wochen waren es lediglich 69 Prozent.

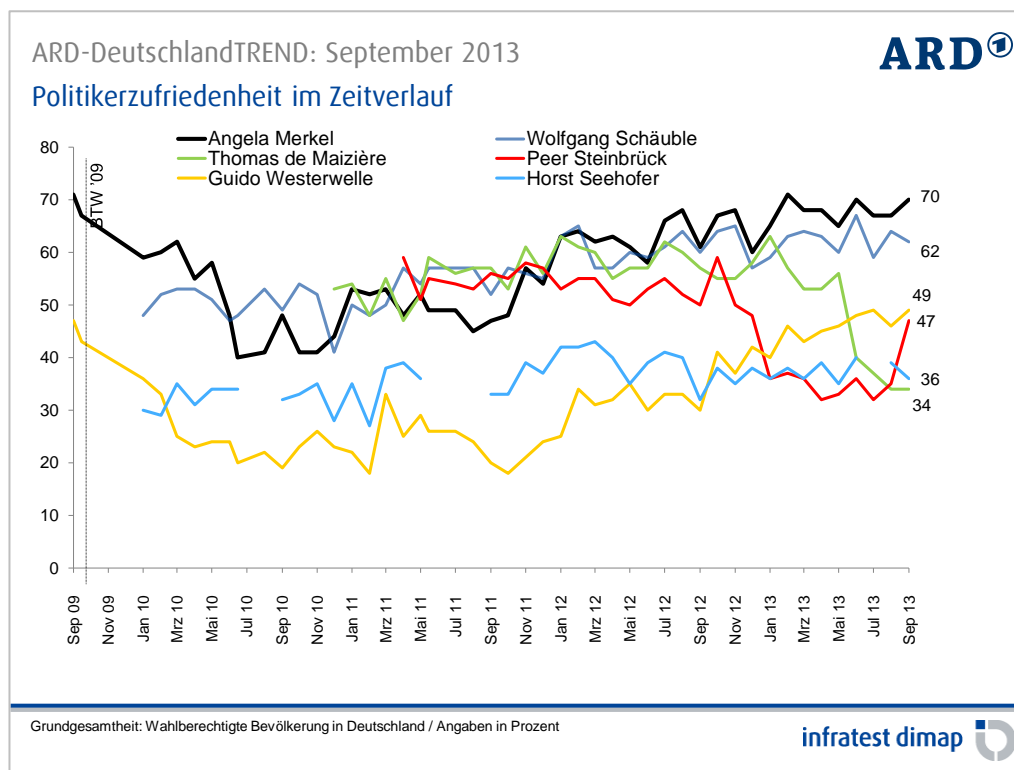
Spitzenreiter der Politikerliste bleibt weiterhin Angela Merkel, mit deren Amtsführung 70 Prozent der Bürger einverstanden sind, ein Plus von 3 Punkten. Auf Platz 2 rangiert unverändert Finanzminister Wolfgang Schäuble, dessen Ansehen durch seine Andeutungen über ein mögliches weiteres Hilfspaket für Griechenland kaum gelitten hat (62 Prozent, -2). Der SPD-Fraktionsvorsitzende rückt durch ein Popularitätsplus von 9 Punkten in das Spitzentrio auf: Frank-Walter Steinmeier bekommt aktuell von 57 Prozent der Bürger gute Noten – sein bester Wert seit Juli letzten Jahres.



Im oberen Mittelfeld rangiert neben Steinbrück auch seine Parteikollegin Hannelore Kraft aus Nordrhein-Westfalen, die auf Bundesebene von jedem Zweiten (49 Prozent, -6) wohlwollend beurteilt wird, sowie FDP-Außenminister Guido Westerwelle (49 Prozent, +3) und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (47 Prozent, -1). Der Liberale erreicht damit

erneut seine beste Bewertung während seiner Zeit als Chef des Auswärtigen Amtes und schneidet sogar besser ab als unmittelbar vor der erfolgreichen Bundestagswahl im September 2009.

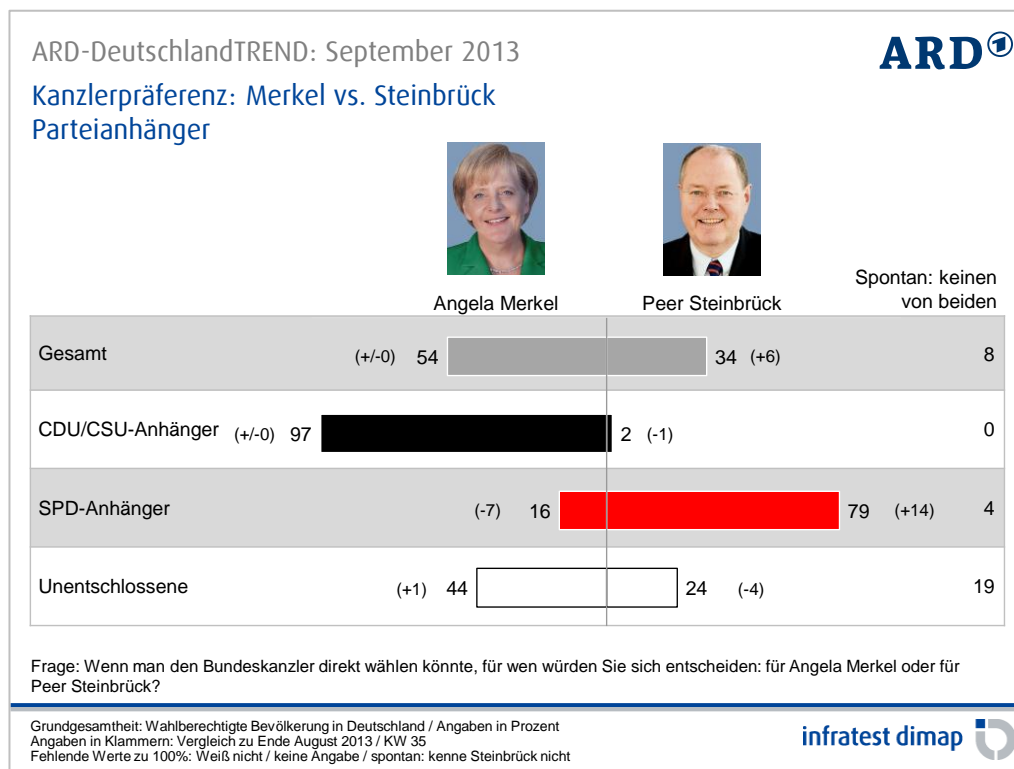
Dahinter folgt der Grüne-Spitzenkandidat Jürgen Trittin mit einem Zustimmungswert von 41 Prozent (-2), dicht gefolgt von Innenminister Hans-Peter Friedrich (+/-0) und dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel (+2) mit jeweils 39 Prozent. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer muss einen Ansehensverlust von 3 Punkten hinnehmen und kommt nur noch auf eine Zustimmungsrate von 36 Prozent. Damit liegt er nahezu gleichauf mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei, Gregor Gysi (35 Prozent, +/-0). Verteidigungsminister Thomas de Maizière verharrt mit 34 Prozent (+/-0) im Ansehenstief.



Anders als Westerwelle rangieren die beiden anderen abgefragten FDP-Spitzen unverändert am unteren Ende der Beliebtheitsliste. Sowohl der FDP-Spitzenkandidat Rainer Brüderle (28 Prozent, -4) als auch der Parteichef der Liberalen Philipp Rösler (23 Prozent, -2) müssen zudem Verluste hinnehmen.

Kanzlerfrage: Weiterhin klare Mehrheit für Angela Merkel

Könnten die Bundesbürger die Kanzlerin bzw. den Kanzler direkt wählen, ergäbe sich drei Wochen vor dem Urnengang weiterhin eine deutliche Mehrheit für die amtierende Regierungschefin. Angela Merkel könnte 54 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, ihr Herausforderer Peer Steinbrück von der SPD würde 34 Prozent der Wähler hinter sich bringen. Im Vergleich zur Vorwoche hat sich der Abstand zwischen den beiden Kontrahenten allerdings um 6 auf jetzt 20 Punkte verringert, weil der sozialdemokratische Kanzlerkandidat seinen Wählerrückhalt in dieser Größenordnung verbessern konnte.

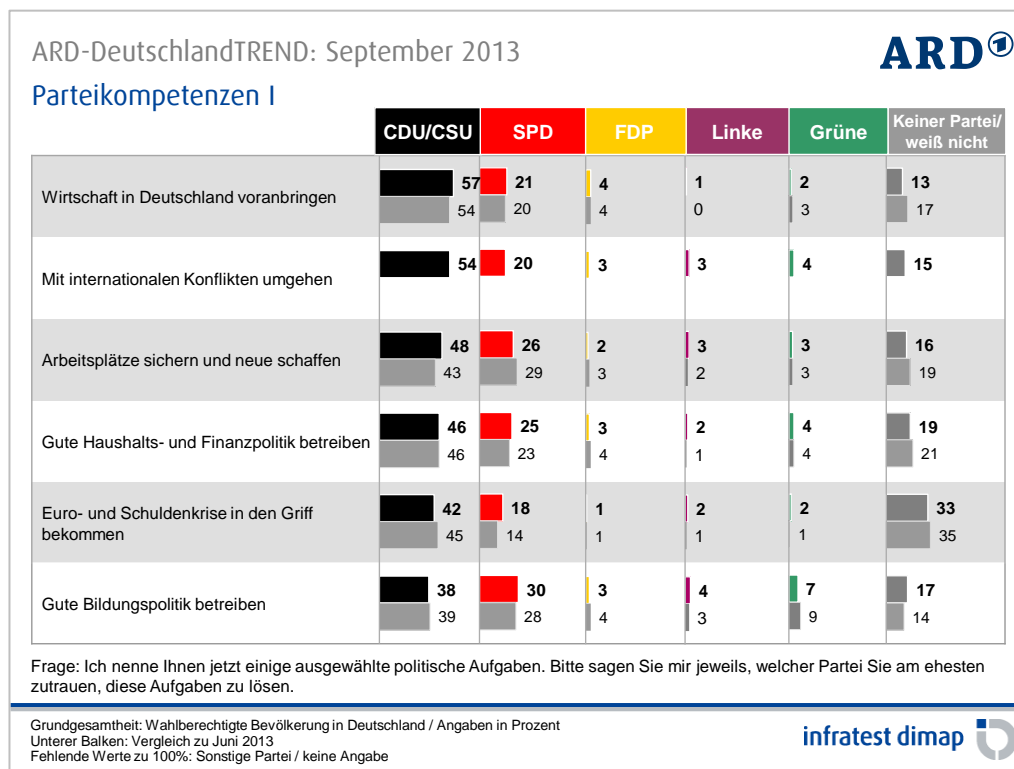


Dieser Entwicklung liegt eine deutliche Zunahme der Unterstützung des Sozialdemokraten in den eigenen Reihen zu Grunde. Im Verlauf des vergangenen Monats stieg sein Rückhalt unter den SPD-Anhängern von 60 auf 65 Prozent. Nunmehr, Anfang September, würden sich 79 Prozent für Peer Steinbrück entscheiden. Allerdings fällt er damit nach wie vor deutlich hinter Angela Merkel zurück, die seit langem die Wählerschaft der Union nahezu geschlossen hinter sich hat.

Auch derzeit noch unentschlossene Wahlberechtigte würden sich eher für Merkel entscheiden – ungeachtet dessen, dass sie den Herausforderer im Duell etwas überzeugender fanden.

Kompetenzen: Union dominiert in ökonomischen Politikfeldern

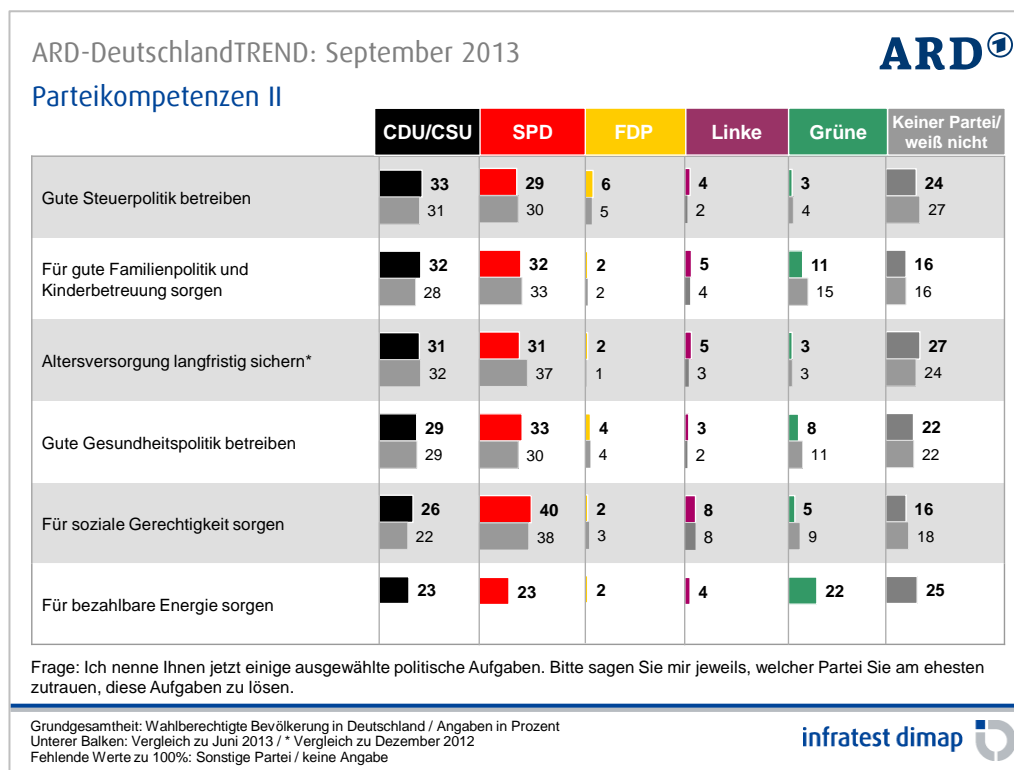
Auch wenn die SPD auf personeller Ebene von dem Auftritt Steinbrücks beim Fernsehduell profitiert hat, vermag sie sich auf der Parteebene nur in wenigen Feldern stärker zu profilieren. Der **CDU/CSU** hingegen wird in den meisten Politikfeldern die größte Lösungskompetenz zugeschrieben. Dies gilt neben den ökonomischen Themen Wirtschaft (57 Prozent), Arbeit (48 Prozent) und Haushalt/Finanzen (46 Prozent) auch für die Eindämmung der Euro- und Schuldenkrise (42 Prozent). Darüber hinaus ist die Kanzlerpartei Kompetenzführer in der Bildungspolitik (38 Prozent) sowie beim Umgang mit internationalen Konflikten (54 Prozent). In der Steuerpolitik liegt die Union nur knapp vor den Sozialdemokraten (33:29 Prozent), im Bereich Familienpolitik und Kinderbetreuung gleichauf (32:32 Prozent).



Die **Sozialdemokraten** überzeugen am meisten mit ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit (40 Prozent). Daneben wird der SPD in der Gesundheitspolitik (33 Prozent) am meisten Kompetenz zugeschrieben und sie kann beim Thema Familienpolitik und Kinderbetreuung, sowie der Renten- (31 Prozent), Bildungs- (30 Prozent) und Steuerpolitik (29 Prozent) punkten. Im Vergleich zum Juni vermag die SPD lediglich bei der Eindämmung der Euro-Krise (von 14 auf 18 Prozent) sowie in der Gesundheitspolitik (30 auf 33 Prozent) Kompetenzgewinne verbuchen. Bezahlbare Energiepreise verbinden die Bundesbürger gleichermaßen mit der SPD wie mit den Grünen (23 bzw. 22 Prozent).

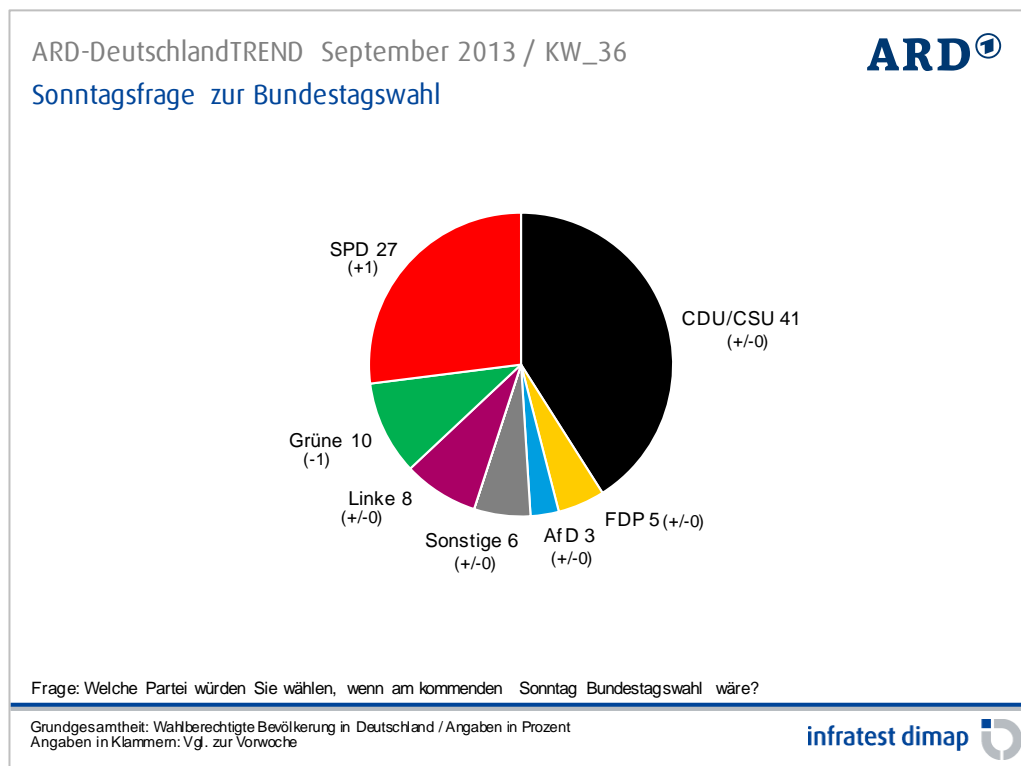
Neben der Energiethematik überzeugen die **Grünen** vergleichsweise viele Wahlberechtigte in der Familien- (11 Prozent), Gesundheits- (8 Prozent) und Bildungspolitik (7 Prozent). In fast allen Bereichen verliert die Partei jedoch an Zutrauen.

Kurz vor der Bundestagswahl ist die **Linke** nach wie vor am ehesten mit ihren sozialpolitischen Vorstellungen profiliert (8 Prozent). Den **Liberalen** fällt eine ausgeprägte inhaltliche Profilierung weiterhin schwer, wenn gleich die Schwerpunkte der FDP noch am ehesten in der Steuerpolitik (6 Prozent) sowie in der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik (jeweils 4 Prozent) liegen. **Piraten** und die **Alternative für Deutschland** sind in den abgefragten inhaltlichen Fragen kaum sichtbar: Die Euro- und Schuldenkrise in den Griff zu bekommen traut der AfD lediglich jeder 100. Wahlberechtigte (1 Prozent) zu.



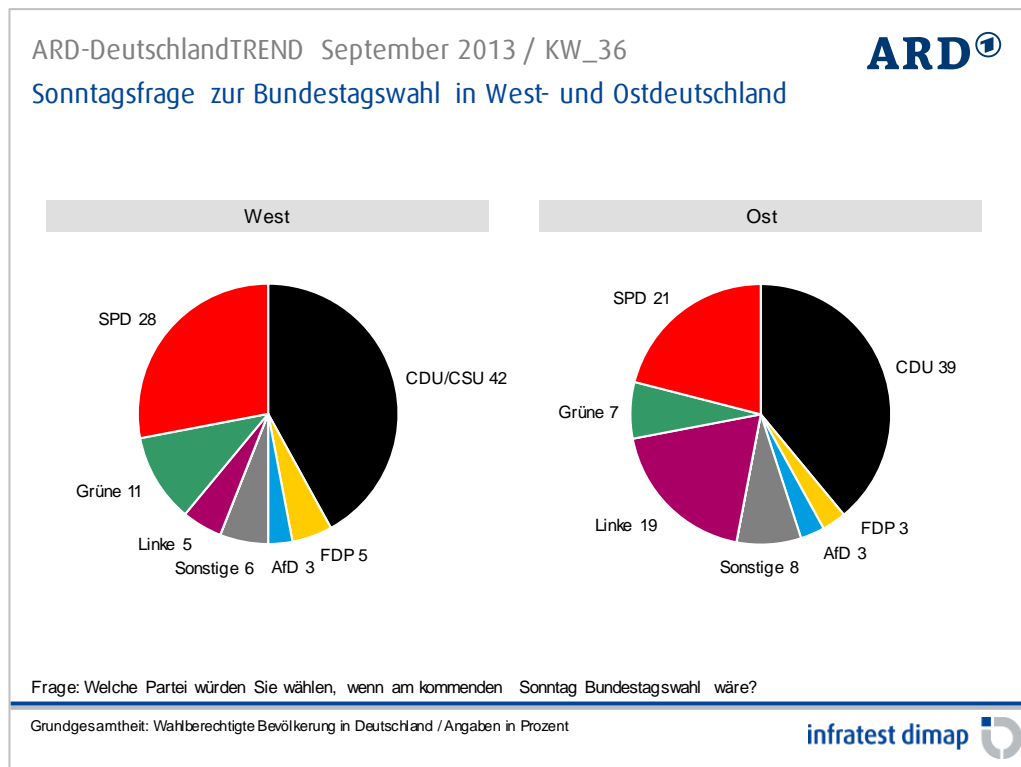
Sonntagsfrage: Union weiter stark, SPD mit kleinem Plus

Knapp drei Wochen vor dem Urnengang ist die politische Stimmung in Deutschland weitgehend stabil, wobei die Union klar stärkste Kraft bleibt. Wenn bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU wie in der Vorwoche auf 41 Prozent der Stimmen. Die SPD könnte binnen Wochenfrist 1 Punkt auf 27 Prozent zulegen. Die Grünen hingegen müssen erneut einen Punkt abgeben und würden derzeit einen Wähleranteil von 10 Prozent erreichen. Die Linke (8 Prozent), die FDP (5 Prozent) und die AfD (3 Prozent) bleiben konstant. Alle anderen Parteien könnten zusammen genommen 6 Prozent (+/-0) der Stimmen auf sich vereinen.



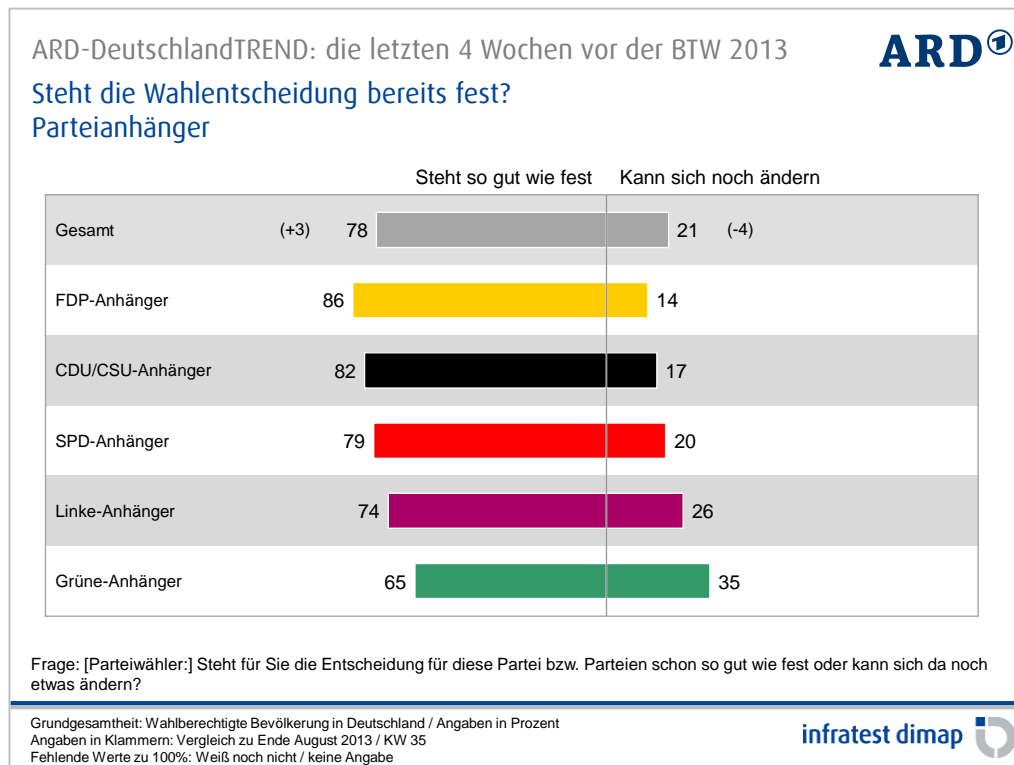
Wäre dies bereits das Ergebnis des Urnengangs und die Liberalen wären damit im Bundestag vertreten, würde das Bündnis von Union und FDP über eine sehr knappe Mehrheit verfügen: 46 zu 45 Prozent für die anderen Parlamentsparteien.

In den alten Bundesländern käme die Union weiter auf 42 Prozent. Die Sozialdemokraten können sich auf 28 Prozent leicht steigern, während Grüne (11 Prozent) und Linke (5 Prozent) leicht verlieren. Die FDP verharrt bei 5 Prozent, die AfD bei 3 Prozent.



In den neuen Bundesländern erreicht die CDU einen Wähleranteil von 39 Prozent, was einem Minus von einem Punkt entspricht. Knapp hinter der SPD mit 21 Prozent ist die Linke mit 19 Prozent drittstärkste Kraft. Die Grünen erreichen im Osten 7 Prozent, während FDP und AfD mit jeweils 3 Prozent gleichauf liegen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Sechs von zehn Wahlberechtigten (60 Prozent) sind sich ihrer Parteientscheidung bereits recht sicher. Rund jeder Siebte (15 Prozent) ist in seiner aktuellen Parteipräferenz noch nicht endgültig festgelegt. Dies zeigt, dass zu Beginn der heißen Wahlkampfphase zwar noch Bewegung möglich ist, zugleich aber auch der Entscheidungsprozess bei den Wahlberechtigten vorangeht, denn der Anteil der Unentschiedenen ist im Vergleich zur Vorwoche gesunken (-7 Punkte). Rund ein Viertel der Wahlberechtigten (25 Prozent) will nicht wählen bzw. weiß derzeit noch nicht, ob sie sich an der Wahl beteiligen und ggfs. welche Partei sie wählen werden.

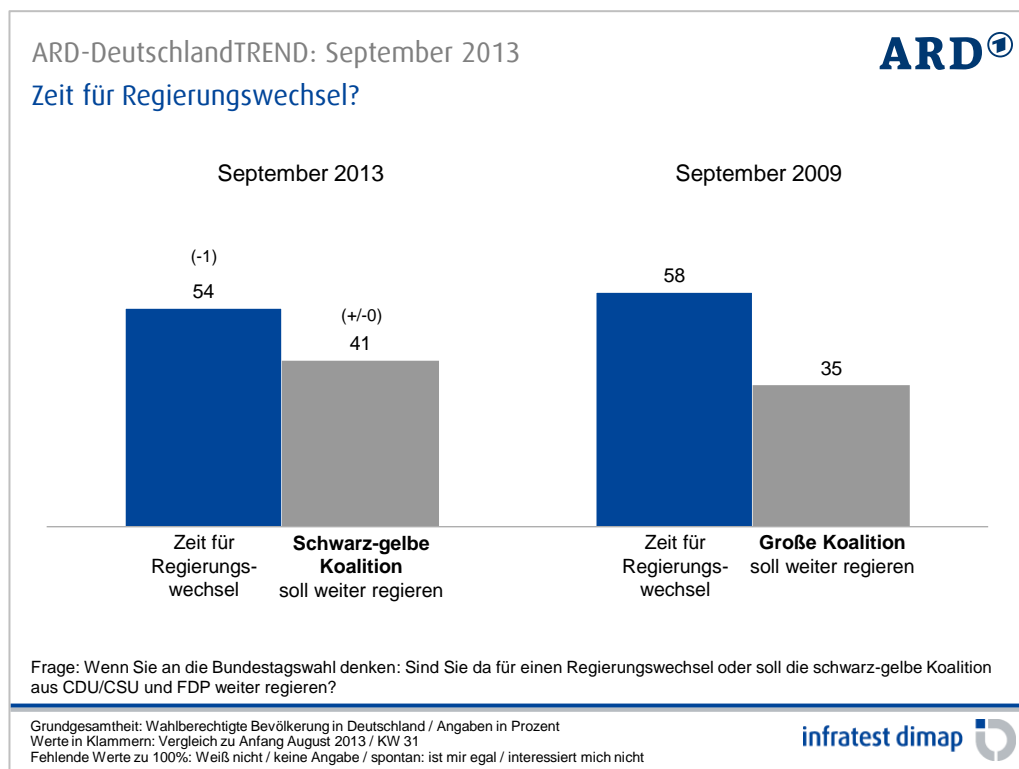


Innerhalb der Parteianhängerschaften steht für acht von zehn Anhängern der Union und der SPD die Entscheidung fest, zwei von zehn sind sich noch nicht sicher, ob es bei ihrer gegenwärtigen Parteipräferenz bleibt. Bei den derzeitigen Anhängern der Linken und der Grünen ist dieser Anteil deutlich höher, in Reihen der FDP geringer. Das Bekenntnis, dass sich die aktuelle Präferenz noch ändern kann, bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass am Wahltag auch eine andere Entscheidung getroffen wird. Schwer abzuschätzen bleibt zudem Umfang und Auswirkung des möglichen Stimmensplittings.

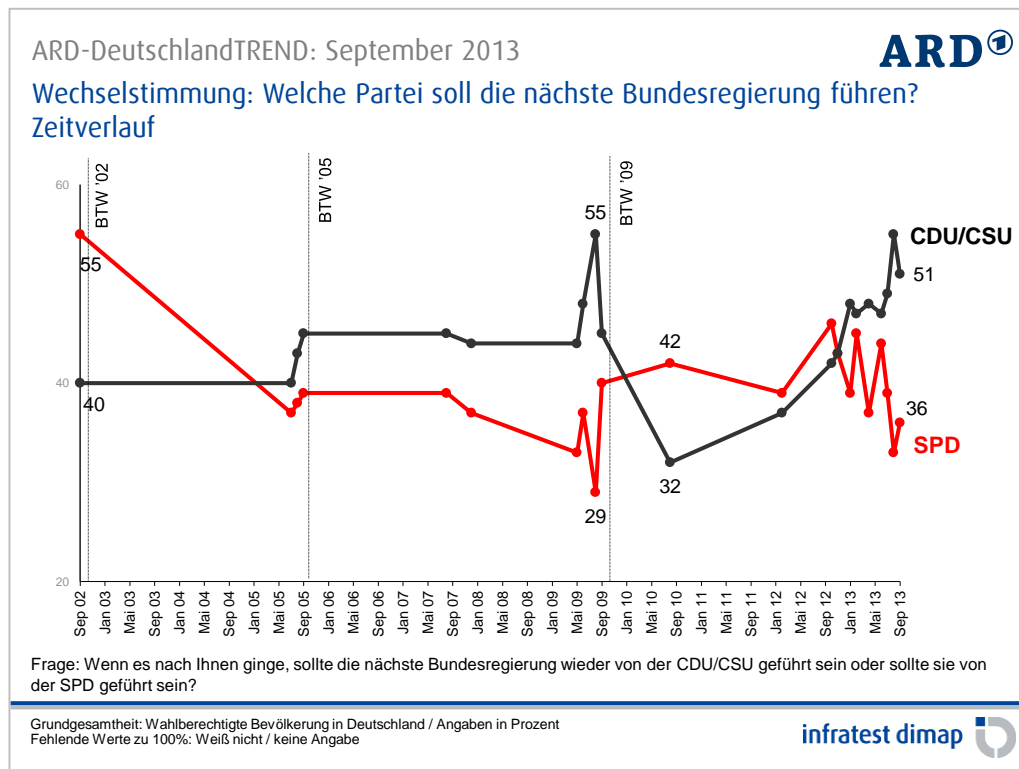
Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind zum jetzigen Zeitpunkt nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich erst kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Mehrheit für Regierungswechsel – mit der Union an der Spitze

Knapp drei Wochen vor der Bundestagswahl am 22. September spricht sich eine Mehrheit von 54 Prozent der Bevölkerung für einen Regierungswechsel aus, während sich 41 Prozent eine Fortsetzung der amtierenden Koalition von Union und Liberalen wünschen.

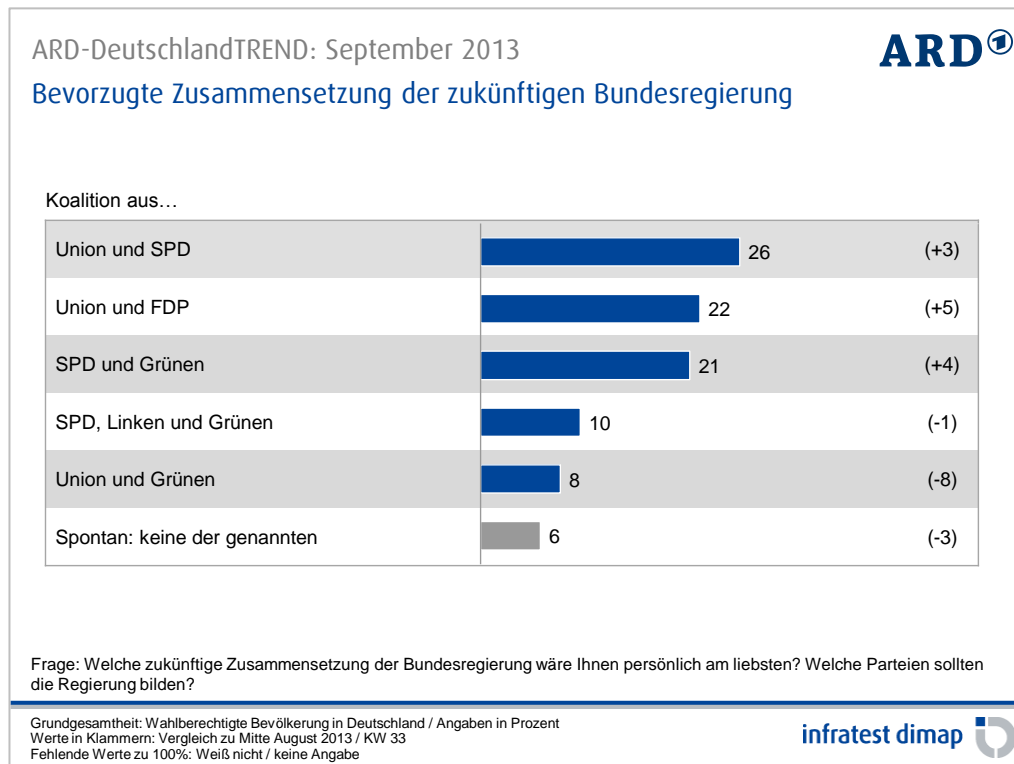


Etwas nachgelassen hat hingegen das Plädoyer für eine von der CDU/CSU geführte Bundesregierung, von zuvor 55 auf nunmehr 51 Prozent. Gestiegen ist die Zahl derer, die einen Sozialdemokraten an der Spitze des Berliner Kabinetts sehen wollen (von 33 auf 36 Prozent).



Koalitionspräferenz: Kein klarer Favorit

Unter den denkbaren politischen Konstellationen, die nach der kommenden Bundestagswahl die Regierung bilden können, vermag keine eine Mehrzahl der Bundesbürger zu überzeugen. Noch am meisten Zuspruch fände mit 26 Prozent eine Große Koalition von Union und SPD. Knapp dahinter rangiert ein schwarz-gelbes Bündnis, das 22 Prozent am liebsten an der Regierung sähen. Mit 21 Prozent praktisch gleichauf liegt eine Zusammenarbeit aus Sozialdemokraten und Grünen. Wenig Unterstützung findet eine rot-rot-grüne Bundesregierung (10 Prozent) bzw. eine Koalition aus Union und Grünen (8 Prozent).



Im Vergleich zu den Ergebnissen von Mitte August finden die Varianten Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb und Rot-Grün etwas mehr Zuspruch als zuvor, während ein Bündnis von CDU/CSU und Grünen mit einem Minus von 8 Punkten deutlich an Popularität eingebüßt hat.

In den Anhängerschaften der beiden großen Parteien zeigt sich jeweils eine deutliche Mehrheit für eine „kleine“ Lösung. Unter den CDU/CSU-Anhängern wünschen sich 49 Prozent eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der FDP, immerhin 31 Prozent sprechen sich für ein Bündnis mit der SPD aus und für Schwarz-Grün votieren 13 Prozent. Im Lager der Sozialdemokraten plädieren 51 Prozent für Rot-Grün, 29 Prozent hingegen für eine Große Koalition. Ein Zusammengehen mit Grünen und der Linkspartei wünschen sich nur 12 Prozent der SPD-Anhänger.

Bei beiden großen Parteien spricht sich somit nur jeder Zweite für die im Wahlkampf als Ziel ausgegebene Konstellation aus.

--

Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert